

Riefner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Riefner Verlag
Riefner Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Riefner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riefen, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefen, des Rates der Stadt Riefen, des Finanzamts Riefen und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Riefen 1927.
Verleger:
Riefen Nr. 22

Nr. 169.

Freitag, 22. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach unten. Für den Fall des Nichterhaltens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckfläche (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kellertafel 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbänder und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefen. Abdruck von Unterhaltungsbeiträgen, Erzählern an der Spitze. — Im Falle plötzlicher Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Verlagsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefen. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riefen; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefen.

Das Kind als König.

an. Köcher als selbst die Bestimmungen angenommen haben, scheint die komplizierte rumänische Thronfolge zu einem Konflikt zu führen. Während die Gesandten der europäischen Staaten der Königin Maria noch feierlich ihr Beileid ausdrückten, während das Volk in den Straßen Buzarew den fünfjährigen Prinzen Michael jubelte, hat der Kronprinz Carol in aller Heimlichkeit seine Villa in Reuilly, einem Vorort von Paris, verlassen, und sich auf die Wanderfahrt begeben. Journalisten, die ihn, sobald sie von dem Tode seines Vaters gehört hatten, über seine Pläne und Absichten ausfragen wollten, haben das Recht bereits leer gefunden. Wenigstens wurde ihnen gesagt, Prinz Carol sei abgereist. „Wohin?“ Das weiß kein Mensch. Andere behaupten wieder, daß sei nur eine Ausflucht gewesen, der Prinz löse friedlich in Reuilly und lasse sich nur konsequent verleugnen. Die dem auch sei, sicher ist, daß der Prinz — geht es nach ihm — Reuilly bald mit Buzarew vertauschen möchte. Selbstverständlich nur, um an dem Begräbnis seines Vaters teilzunehmen. Wer würde wohl auch etwas anderes annehmen? Gewiß, es wird kaum zu verhindern sein, daß Carol, wenn er erst einmal in Rumänien ist, auch mit ein paar Führern der Bauernpartei und ein paar Generalen einige Unterhaltungen hat. Aber es scheint beinahe, als wenn der Ministerpräsident Bratianu der Ansicht wäre, diese Ausflüge könnten für die Rumänien-Fahrt des Kronprinzen der eigentliche Grund, das Begräbnis des Vaters dagegen nur der Vorwand sein, und da Bratianu nicht die geringste Lust verspürt, auf diese Weise dem Mann die Wege zu ebnen, von dem er alles zu befürchten hat, ist es durchaus begrifflich, daß der Ministerpräsident erklärt, solange er etwas zu sagen habe, werde Prinz Carol nicht die Einreiseerlaubnis bekommen. Ganz kluge Leute wollen sogar wissen, daß die viel beachtete lange Unterredung, die Bratianu mit dem Führer der Bauernpartei im Parlament gehabt hat, sich lediglich um diesen Gegenstand drehte, denn die Bauern sind nach wie vor die härteste Stütze und die treuesten Anhänger, die Carol in Rumänien hat. Innerhalb des Offiziers-Korps, auf das er sich bis vor kurzem noch unbedingt verlassen konnte, hat die rücksichtslose Personalpolitik des Ministerpräsidenten doch bereits einigen Einfluß gehabt, und noch weniger kann Prinz Carol auf seine Mutter rechnen.

Die Königin Maria ist ohne Zweifel nicht weniger ehrgeizig als die Kaiserin Jitka. Aber sie ist klüger, sie weiß, daß man in der Politik auch manchmal abwarten muß. Gewiß, auch bei der jetzigen Regelung ist ihr offiziell kein Einfluß eingeräumt worden. Inoffiziell beherrscht sie aber durch den Prinzen Nikolaus den ganzen Regentenschaftsrat. Sollte sich Carol dagegen durchsetzen, so wäre sie nicht anders, wie Königin-Mutter ohne Einfluß und ohne Macht. Auch ihr dürfte die jetzige Regentenschaft bedeutend lieber sein, da sie sich als kluge Frau sagt, daß in dreizehn Jahren vieles passieren kann.

So lange dauert es nämlich noch, bis der „König“ Michael großjährig wird. Man hat gestern diesem fünfjährigen Ebenmonatskind, das zur Feier seiner Krönung einen weißen Matrosenanzug angezogen bekommen hatte, angejubilert, man hat ihm die Krone aufgesetzt und ihn zum König gemacht. Eine Demonstration, die seinen Rumbien darüber hinwegtäuschen kann, daß es in diesem Lande zur Stunde nur einen Nachfolger gibt, und das ist der Ministerpräsident Bratianu. Er hat das Glück, daß seine Gegner — die Königin, Prinz Carol, General Averescu — so unecht sind, daß sie sich nicht zu gemeinsamen Handeln aufraffen können. Solange das nicht geschieht, ist seine Stellung unbedingt gesichert. Finden sich aber Averescu und Prinz Carol zusammen, so wird der Kampf um die Thronfolge von neuem entbrennen, so wird Rumänien am eigenen Leib die Wahrheit des Wortes spüren müssen: „Wehe Dir, Land, das König ein Kind ist!“

Verhandlungen zwischen Rußland und Polen?

qu. Berlin. Von besonderer Seite erfahren wir, daß in Warschau zuerst zwischen Rußland und Polen geheime Verhandlungen stattfinden. Diese sollen den Abschluß eines Vertrages zum Ziel haben, in dem sich beide Staaten zur Neutralität verpflichten, falls der eine von ihnen von anderer Seite angegriffen werden sollte. Wie wir weiter erfahren, sind diese Verhandlungen noch nicht sehr weit gediehen. Das soll hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß Rußland von Polen für gewisse Fälle das Recht verlangt hat, seine Truppen durch polnisches Gebiet marschieren zu lassen. Wenn diese „gewissen Fälle“ eintreten würden, ist wohl nicht schwer vorauszusagen. Deutschland hat also alle Veranlassung, diesen geheimnisvollen Verhandlungen allergrößte Beachtung zu schenken.

Die Reichsregierung zum Aufruf Görings.

qu. Berlin. (Telunion). Amtlich wird gemeldet: Der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Oberpräsident Göring, hat in diesen Tagen einen Aufruf veröffentlicht, der sich mit den letzten Ereignissen in Wien befaßt. Der Aufruf enthält scharfe und beleidigende Angriffe gegen österreichische Behörden und gegen die österreichische Regierung selbst. Die Reichsregierung habe sich veranlaßt, ihrem lebhaftesten Bedauern über diesen Aufruf Ausdruck zu geben, der geeignet ist, die brüderlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu trüben.

Braun gegen Keudell

Der preußische Ministerpräsident gegen die Vorwürfe des Reichsinnenministers und fordert zur Rücknahme auf.

qu. Berlin. Im Reichsrat gab am Donnerstag abend der preußische Ministerpräsident Braun

eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Der Herr Reichsminister des Innern hat am Schluß der letzten Sitzung des Reichsrats scharfe Angriffe gegen den preußischen Bevollmächtigten Ministerialdirektor Dr. v. Badi, gerichtet, dem er Bruch der Vertraulichkeit der Sitzungen der Reichsrats-Ausschüsse und Verletzung der Densitätspflicht durch Verschweigen einer Tatsache vorwarf. Diese Vorwürfe bezogen sich auf Erklärungen, die Ministerialdirektor Dr. Badi in einer Sitzung des Reichsrats-Ausschusses des Reichsrats vom 8. d. M. abgegeben hat.

Ich muß zunächst in aller Form Verwahrung dagegen einlegen, daß in einer öffentlichen Reichsrats-Sitzung Besprechungen und Angriffe gegen einen Vertreter der preußischen Staatsregierung vorgetragen werden, ohne daß zuvor der preußischen Staatsregierung Mitteilung gemacht und dadurch Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Dieses Verfahren widerspricht allen bisherigen Gepflogenheiten. Das Vorgehen des Herrn Reichsministers des Innern bedauere ich um so mehr, als eine Fühlungnahme mit mir ihn voraussichtlich sofort davon überzeugt haben würde, daß sämtliche gegen den Vertreter der preußischen Staatsregierung erhobenen Vorwürfe auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhen und daher jeder Berechtigung entbehren. Von einem Bruch der Vertraulichkeit der Sitzungen der Reichsrats-Ausschüsse kann keine Rede sein. Der Herr Reichsminister des Innern hat nach dem amtlichen Protokoll des Reichsrats-Ausschusses in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Badi selbst zweimal betont, der Vertreter der preußischen Regierung habe keine Mitteilung von dem Gang der vertraulichen Beratung im Reichsrats-Ausschuß machen können. Er hat also am 8. Juli im Reichsrat ausdrücklich das korrekte Verhalten des preußischen Vertreters anerkannt, um eine Woche später im Reichsrat wegen des gleichen Vorfalls schwere Vorwürfe zu erheben.

Im gleichen Umfang ist der Vorwurf unberechtigt, Ministerialdirektor Dr. Badi habe durch Verschweigen einer Tatsache die Densitätspflicht verletzt. Ministerialdirektor Dr. Badi soll die Tatsache verschwiegen haben, daß die

zuständigen Ausschüsse des Reichsrats bereits am 30. Juni die Angelegenheit beraten haben, also eine Woche vor dem Abschluß im Plenum. Ich stelle hierauf fest: Unmittelbar bevor Ministerialdirektor Dr. Badi im Reichsrats-Ausschuß des Reichsrats das Wort ergriff, hatte der Herr Reichsminister des Innern von Keudell selbst zur Beantwortung der Frage des Hrn. Dr. Rosenfeld das Wort ergriffen. Er hat dabei, nach dem Bericht des Nachrichtenbüros des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, wörtlich folgendes ausgesprochen: „Vor acht Tagen ist die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt worden. Bis dahin haben sich die Ausschüsse des Reichsrats damit beschäftigt“. Er hat also selbst am 8. Juli die Tatsache erwähnt, die er am 14. Juli als „verschwiegen“ bezeichnet hat.

Zusammenfassend stelle ich fest: Die angeblich verschwiegene Tatsache ist zweimal in öffentlicher Sitzung und zweimal in der Sitzung des Reichsrats-Ausschusses des Reichsrats vorgetragen worden, darunter einmal von dem Herrn Reichsminister des Innern selbst. Auch im übrigen war die sachliche Darlegung, die Ministerialdirektor Dr. Badi im Reichsrat gab, objektiv und in allen Punkten zutreffend.

Bei dieser Sachlage darf ich die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Herr Reichsminister des Innern seine Vorwürfe an der gleichen Stelle zurückziehen wird, an der er sie erhoben hat, zumal sie inwieweit in einem Teil der Presse zu maßlosen Angriffen gegen den preußischen Vertreter geführt haben. Ich lasse mich nicht als preußischer Ministerpräsident bei allen Handlungen von dem Führer leiten, ungeachtet sachlicher Meinungsverschiedenheiten ein gutes Verhältnis zwischen Reich und Preußen zu pflegen; Vorfälle aber, wie der hier erörterte, sind geeignet, die Beziehungen der preußischen Staatsregierung in ihrer Wirkung stark zu beeinträchtigen.

Reichsminister des Innern v. Keudell:

Auf Beschluß des Reichsrats wird diese Frage zur Zeit in den Ausschüssen geprüft. Die soeben geäußerte Erklärung bietet mir daher keine Veranlassung, in diesem Stadium der Angelegenheit und an dieser Stelle meinen neutralen Erklärungen ein Wort hinzuzufügen.

Auf Antrag des bayerischen Gesandten v. Preger wurde auch die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten dem Geschäftsordnungs-Ausschuß überwiesen.

Reichsrats-Beschlüsse.

qu. Berlin. Der Reichsrat stimmte am Donnerstag einer Ergänzung zur Verordnung über die Gemeinde-Biersteuer, nämlich der Berechnung der Steuer für ausländische Biere, zu.

Für den Reichsrat hatte der Reichsrat ein ordentliches und ein stellvertretendes Mittelteil neu zu ernennen. Die Ausschüsse schlugen die Wiederernennung des bisherigen badischen Vertreters als ordentliches und des thüringischen Vertreters als stellvertretendes Mittelteil des Reichsrats vor. Die anhaltische Regierung protestierte dagegen und verlangte selbst einen ordentlichen Vertreter im Reichsrat. Ihr Antrag wurde jedoch nicht genügend unterstützt, sondern der Antrag der Ausschüsse angenommen.

Nachdem der Vorsitzende Reichsinnenminister v. Keudell dem vorhergehenden Reichsminister v. Braun eine Nachruf gewidmet hatte, genehmigte der Reichsrat ferner eine Verordnung über die Verteilung der Gewerbesteuer bei wirtschaftlich gebotenen Betriebszusammenfassungen an die Länder und Gemeinden. Statt des von der Reichsregierung vorgeschlagenen starren Maßstabes (Kopfzahl der Arbeitnehmer zur Zeit der Betriebszusammenlegung) für die Verteilung der Steuer nahm der Reichsrat eine Bestimmung an, die in solchen Fällen, wo dieser starre Maßstab nicht anwendbar ist, ein Billigkeitsverfahren eintreten läßt, durch welches insbesondere die Steueranfänge der Gemeinden und ihre sozialen Nebenausgaben infolge der Betriebszusammenfassungen berücksichtigt werden.

Der Reichsrat nahm ferner neue Ausführungs- und Durchführungs-Bestimmungen zum Kapitalverkehrssteuergesetz an, die eine Vereinfachung gegenüber den bisherigen, durch mehrere Änderungen des Gesetzes unübersichtlich gewordenen Zustand darstellen.

Die Reichsregierung wünscht eine Ausdehnung der bisher für 1925 und 1926 beschlossenen Finanzstatistik der Länder und Gemeinden auch auf die kommenden Jahre. Die Verordnung darüber wurde vom Reichsrat in etwas geänderter Fassung gegen die Stimmen Bayerns und Württembergs, die gegen eine Verewigung der Statistik protestierten, angenommen.

Prof. Barnes über die Kriegsschuldfrage.

qu. Berlin. Gestern abend fand im Edenhotel auf Einladung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände ein Abendessen zu Ehren der Anwesenheit des amerikanischen Professors Barnes statt. Gouverneur a. D. Dr. Sauer begrüßte die Gäste und ließ Prof. Barnes willkommen heißen. Prof. Barnes dankte in seiner Erwiderungsansprache für die Begrüßung und betonte, daß seit seinem letzten Aufenthalt in Berlin sich auf dem Gebiet der Kriegsschuldfrage nichts

geändert habe, daß vielmehr die inzwischen veröffentlichten Dokumente nur den Beweis für die Richtigkeit des von ihm vertretenen Standpunktes erbracht hätten. Als Gegenüber seiner Forschungen stellte Prof. Barnes fest, daß man drei Staaten, nämlich Serbien, Rußland und Frankreich eine gewisse Schuld am Kriege nachweisen könne, während England jedenfalls nicht das zur Verhinderung des Krieges Notwendige getan habe. Anschließend hieran trat Reichsminister a. D. Dr. Rosen für ein aktives Vorgehen der Regierung in der Kriegsschuldfrage ein. Reichsminister a. D. Dr. Dernburg hob sodann hervor, daß die gegen Deutschland geltend gemachten Vorwürfe, insbesondere der Vorwurf des Imperialismus, bereits schon als lächerlich bezeichnet werden müßten.

Wirtschaftsminister gegen Postminister?

Das Berliner Tageblatt glaubt annehmen zu dürfen, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius im Rahmen seiner gesamten Wirtschaftspolitik gegen die Pläne des Reichs-Postministers Schöner über die Erhöhung der Postgebühren Stellung genommen habe.

Wie das Blatt weiter hört, wird in der heutigen Vollversammlung des Verwaltungsrats der Reichspost, die sich mit der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung beschäftigen wird, der Antrag gestellt werden, die Weiterberatung der Postgebühren zu vertagen, da die Stellung des Reichswirtschaftsministers zu der Gebührenerhöhung von einschneidender Bedeutung sei.

Auch ein Konflikt.

qu. Berlin. Die zahlreichen Punkte, in denen das Reich und Preußen verschiedener Meinung sind, haben sich um einen weiteren vermehrt, auf den wohl so leicht niemand gekommen wäre. Es handelt sich nämlich dieses Mal um die 24-Stunden-Zeit. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die neue Zeitregelung so unpopulär wie nur möglich sei und man sie dem Volke nicht gewaltsam aufzwingen solle. Mit dieser Auffassung dürfte das Kabinett Marx der begeisterten Zustimmung aller Volksteile — mögen sie sonst zur Regierung stehen wie sie wollen — wider sein. Das preußische Staatsministerium allerdings ist anderer Auffassung und hat für seinen Dienstbereich bekanntlich verfügt, daß die 24-Stunden-Zeit durchweg — also nicht nur für Post und Eisenbahn — offiziell einzuführen ist. Also ein neuer Konflikt zwischen dem Reich und seinem Schmerzenskind Preußen, der glücklicherweise etwas harmloser ist als die sonst zu sein pflegen. Undenkbar wäre es gar noch wegen der 24-Stunden-Zeit zu einer Kabinettskrise, und dann würde es wirklich — zum ersten Mal in deutschen Landen — dreifach schlagen.